



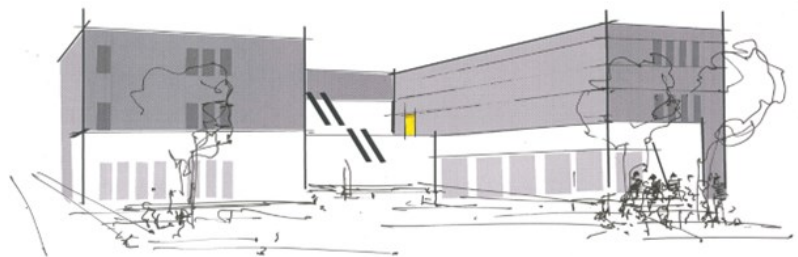
Amt Kellinghusen

Integriertes Klimaschutzkonzept

– *Kurzfassung* –

Amt Kellinghusen

Kellinghusen,
11.06.2026



Förderung

Die Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzeptes wurde gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative.

Mit der **Nationalen Klimaschutzinitiative** initiiert und fördert die Bundesregierung seit 2008 zahlreiche Projekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Diese Vielfalt ist Garant für gute Ideen. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmen, Kommunen oder Bildungseinrichtungen.

Förderzeitraum 01.01.2025 – 31.12.2026 | Förderkennzeichen 67K26440

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

GLOSSAR

B

Bundesstrommix

Die Zusammensetzung der Stromproduktion aus verschiedenen Energiequellen, z.B. erneuerbare Energien, Kohle, Gas (auf Bundesebene). Der Strommix beeinflusst direkt die CO₂-Intensität des verbrauchten Stroms.

E

Emissionsfaktor

Kennzahl, die angibt, wie viele Treibhausgasemissionen pro Einheit eines Energieträgers entstehen. Dabei fließen auch jene Emissionen ein, die bei Gewinnung, Umwandlung und Transport des Energieträgers entstehen.

Endenergie

Energie, die nach Umwandlung und Transport beim Endverbraucher ankommt und genutzt wird.

EWKG

Das Energiewende- und Klimaschutzgesetz regelt allgemein die Klimaschutzziele für Schleswig-Holstein; hier ist besonders das Klimaziel 2040 hervorzuheben. Zusätzlich gibt es noch Regelungsbereiche, die sich an Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümer richten.

M

Motorisierter Individualverkehr (MIV)

Personenverkehr mit privaten Kraftfahrzeugen wie Autos oder Motorrädern.

O

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Beförderung von Personen im Linienverkehr mit öffentlich zugänglichen Verkehrsmitteln wie Bus und Bahn.

T

Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen)

Ausstoß von Gasen, die zum Treibhauseffekt beitragen. Die THG-Emissionen beziehen neben den reinen CO₂-Emissionen weitere Treibhausgase wie beispielsweise Lachgas und Methan ein, die unter der Bezeichnung CO₂-Äquivalente (CO_{2eq}) einbezogen werden. Zur Vereinfachung wird die Schreibweise THG-Emissionen verwendet, welche die CO₂-Äquivalente beinhaltet.

Treibhausgasneutralität

Anthropogen verursachte Treibhausgase, die in die Atmosphäre emittiert werden, werden durch Maßnahmen ausgeglichen, die der Atmosphäre im gleichen Umfang Emissionen entziehen. Es besteht ein Netto-Null an THG-Emissionen.

VORWORT ZUR DRINGLICHKEIT DES THEMAS

Im Rahmen internationaler Vereinbarungen haben sich 195 Vertragsparteien darauf verständigt, den globalen Temperaturanstieg deutlich unter 2 °C zu halten und nach Möglichkeit auf 1,5 °C zu begrenzen. Dieses Ziel, das auf Empfehlungen des Weltklimarats (IPCC) basiert, sieht vor, in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts weltweit Treibhausgasneutralität zu erreichen – also ein Gleichgewicht zwischen anthropogenen Emissionen und deren Abbau durch natürliche oder technische Senken. Diese Vorgaben bilden den übergeordneten Rahmen für den Klimaschutz auf allen Ebenen.

Auch auf kommunaler Ebene sind entscheidende Weichenstellungen notwendig. Städte, Gemeinden und Landkreise sollten ihrer Vorbildfunktion nachkommen. Jedoch ist ihr Einfluss auf die Emissionen, die auf den Flächen ihrer Gebietskörperschaften entstehen, stark von bestehenden Bundes- und Landesgesetzgebungen abhängig.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 24. März 2021 klargestellt, dass der Staat gemäß Artikel 20a des Grundgesetzes zum Klimaschutz verpflichtet ist und dafür Sorge tragen muss, dass die Erreichung der Klimaneutralität nicht auf Kosten zukünftiger Generationen verschoben wird. Kommunen können dieser Verpflichtung unter den aktuellen Rahmenbedingungen jedoch nur bedingt nachkommen. Zum einen sind Kommunalverwaltungen strukturell unterfinanziert und bereits mit ihren anderweitigen Aufgaben mitunter stark überlastet. Zudem fehlen die nötigen Ressourcen, qualifiziertes Personal und ausreichende Zuständigkeiten, um ambitionierte Klimaziele zu verfolgen.

Trotz dieser Hürden verfügen Kommunen über ein hohes Potenzial, ihren Beitrag zu nationalen Klimaschutzbestrebungen zu leisten. Sie sind die Begegnungsorte und Bezugspunkte für Bürgerinnen und Bürger, die lokale Wirtschaft, kulturelle und soziale Vereine und weitere Organisationen. Durch gezielte Maßnahmen – etwa als Vorbild beim eigenen Energieverbrauch, durch nachhaltige Stadtplanung oder durch Informations- und Beratungsangebote – können

Kommunen wichtige Akteure motivieren und Veränderungen anstoßen. Investitionen in klimafreundliche Infrastrukturen und Dienstleistungen stärken zudem die regionale Wertschöpfung, senken langfristig Energiekosten und steigern die Lebensqualität.

Zur **Erreichung der Treibhausgasneutralität** ist eine grundlegende Transformation in allen Lebensbereichen erforderlich. Ein bewusster und sparsamer Umgang mit Ressourcen muss zur Selbstverständlichkeit werden – sowohl im privaten Haushalt als auch in Industrie und Verkehr. Klimaschutz sollte daher in sämtlichen kommunalen Handlungsfeldern fest verankert werden, um zukunftsfähige Lebenswelten zu schaffen.

Ein wichtiger Meilenstein für mehr Klimaschutz im Amt Kellinghusen ist mit dem vorliegenden Klimaschutzkonzept gelegt. Die Aufgabe von Kommunalpolitik und -verwaltung ist es folglich, die Impulswirkung des Konzeptes zu nutzen und zeitnah die Weichen für die Umsetzung zu stellen. Ihre Verantwortung und die Wahrnehmung Ihrer Einflussmöglichkeiten, um einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, haben sie während der Konzepterstellung in den zurückliegenden Monaten gezeigt.

Mit herzlichen Grüßen

Paul Mikuszies
Klimaschutzmanager
Amt Kellinghusen

WOZU BRAUCHT ES EIN KLIMASCHUTZKONZEPT?

Das Integrierte Klimaschutzkonzept des Amtes Kellinghusen zielt darauf ab, die Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) im Amtsgebiet systematisch und ambitioniert zu reduzieren. In den letzten Jahren wurden bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, doch fehlt es bislang an einer umfassenden und strategischen Ausrichtung. Mit dem nun vorliegenden Konzept soll ein Weg zur Erreichung der Treibhausgasneutralität bis 2040 eingeschlagen werden.

Die Anpassung der Reduktionsziele aus dem nationalen Klimaschutzgesetz an die Zielvorgaben des EWKG definiert die in den kommenden Jahren erforderlichen Treibhausgasminderungsziele für das Amt Kellinghusen. Im Jahr 2022 konnte bereits eine Reduktion von etwa 25 % gegenüber dem Wert von 1990 erreicht werden. Dennoch wird deutlich, dass zum nächsten Etappenziel im Jahr 2030 eine Halbierung der THG-Emissionen (bezogen auf das Referenzjahr 2022) erzielt werden müsste.

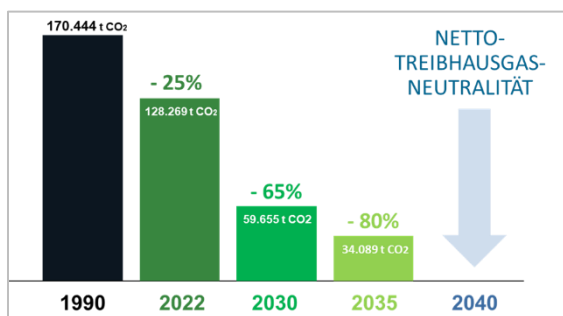
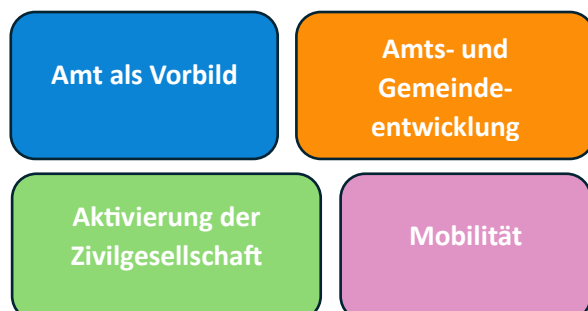


Abbildung 1: Treibhausgasminderungsziele (Quelle: ZEBAU GmbH, Jahre 1990 und 2022 nach Klima-Navi)

Das vorliegende Klimaschutzkonzept gliedert sich in vier Handlungsfelder:



Im Handlungsfeld **Amt als Vorbild** geht es vor allem darum, kommunale Gebäude klimafreundlich umzurüsten, etwa durch Energieeffizienzmaßnahmen und den Einsatz erneuerbarer Energien wie Photovoltaik und Wärmepumpen. Auch ein geändertes Nutzungsverhalten in den Gebäuden kann dem Ziel der Energieeinsparungen dienlich sein. Das Handlungsfeld **Amts- und Gemeindeentwicklung** betrachtet unter anderem die Bereitstellung von Flächen für erneuerbare Energieanlagen und klimaschonende Bauleitplanung. Im Handlungsfeld **Mobilität** wird eine Attraktivitätssteigerung alternativer Verkehrsmittel wie Fahrrad und ÖPNV angestrebt. Damit soll dem überdurchschnittlichen Anteil des motorisierten Individualverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen begegnet werden. Die **Aktivierung der Zivilgesellschaft** soll durch umfassende Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung der Bürger*innen die Akzeptanz für Klimaschutzvorhaben stärken.

Der Maßnahmenkatalog bildet das Herzstück des Klimaschutzkonzeptes und beinhaltet 19 Klimaschutzmaßnahmen, die in den nächsten drei bis fünf Jahren umgesetzt werden sollen. Es werden sechs Maßnahmen aufgezeigt, mit deren Umsetzung kurzfristig begonnen werden soll. Dazu zählen beispielsweise die Einführung eines Energiemanagements für die kommunalen Liegenschaften, die verstärkte Einbindung der Zivilgesellschaft oder klimaschutzangepasste Kriterien in der Bauleitplanung.

Das Klimaschutzkonzept wurde in enger **Zusammenarbeit** mit Akteuren innerhalb und außerhalb der Verwaltung ausgearbeitet. Im Rahmen einer Ideenwerkstatt Klimaschutz konnte sich die Öffentlichkeit informieren und Verbesserungsvorschläge einbringen.

KLIMASCHUTZ IM AMT KELLINGHUSEN: STATUS-QUO

In den Jahren 2021 bis 2023 ist der Endenergieverbrauch leicht gesunken, was auf strukturelle Effizienzgewinne und ein verändertes Nutzerverhalten durch äußere Ereignisse zurückgeführt werden kann (Corona-Pandemie, Energiepreisansteige, mildere Wintermonate).

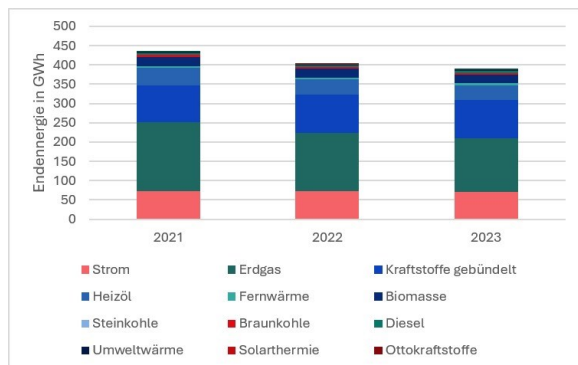


Abbildung 2: Endenergieverbrauch im Amt Kellinghusen nach Energieträgern (Quelle: Averdung Ingenieure und Berater GmbH)

Die damit verbundenen THG-Emissionen verringerten sich im gleichen Zeitraum von etwa 133.000 t CO_{2eq} im Jahr 2021 auf rund 119.000 t CO_{2eq} im Jahr 2023.

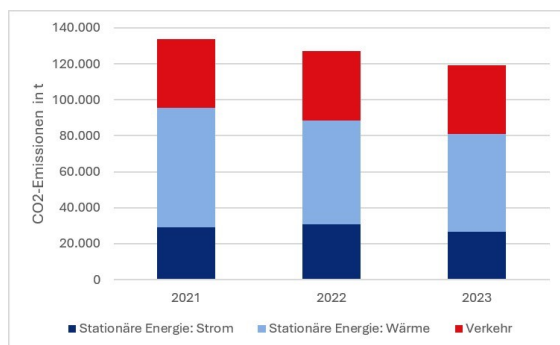


Abbildung 3: Gesamt-CO₂-Emissionen im Amt Kellinghusen (Quelle: Averdung Ingenieure und Berater GmbH)

Die größten THG-Emissionen sind den Sektoren Privathaushalte und Verkehr zuzurechnen. Charakteristisch für den ländlichen Raum ist das Fehlen von industriellen Großemittenten bei gleichzeitig höheren verkehrsbedingten Emissionen. Der höhere Anteil des Sektors Privathaushalte an den Gesamtemissionen ist auf den überwiegend durch Einfamilienhäuser

geprägten Gebäudebestand zurückzuführen. Daraus ergibt sich ein flächenmäßig höherer Pro-Kopf-Energieverbrauch. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt liegen die Pro-Kopf-Emissionen im Amt Kellinghusen dennoch niedriger.

Wichtig ist zu erwähnen, dass die THG-Emissionen, die bei der Stromerzeugung auf dem Territorium des Amtes Kellinghusen entstehen, nur indirekt die THG-Bilanz beeinflussen. Der Grund dafür ist, dass zur (standardisierten) Bilanzierung der Bundesstrommix herangezogen wird. Auch wenn innerhalb des Amtsgebietes mehr erneuerbarer Strom produziert als verbraucht wird, spiegelt sich dies nicht in der THG-Emissionsbilanz wider.

POTENZIALE ZUR REDUKTION VON TREIBHAUSGASEMISSIONEN

Liegenschaften und Amtsverwaltung

Unter Berücksichtigung der unmittelbaren kommunalen Handlungsmöglichkeiten sollen CO₂-Einsparpotenziale auf dem Weg zur gesetzlich verankerten Treibhausgasneutralität bis 2040 aufgezeigt werden.

Im Bereich der kommunalen Liegenschaften wurden relevante Einsparpotenziale identifiziert, insbesondere bei Schuleinrichtungen. Neben größeren Sanierungen können auch kleinere Maßnahmen wie die Optimierung von Heizungsanlagen, der Austausch von Fenstern oder energiesparende Beleuchtung den Energieverbrauch deutlich senken. Zudem bieten die Dächer kommunaler Gebäude ein großes Potenzial für Photovoltaikanlagen, die zur Eigenstromversorgung beitragen können. Die Substitution von Erdgas als vorherrschender Energieträger der Wärmeversorgung durch erneuerbare Energien ist ein zentrales Ziel.

In mehr als der Hälfte der amtsangehörigen Gemeinden wurde bereits (fast) vollständig auf eine energieeffiziente LED-Straßenbeleuchtung umgestellt. Das verbleibende Einsparpotenzial liegt vor allem in der weiteren Optimierung des

Betriebs und dem sukzessiven Austausch verbliebener Bestandsanlagen.

Mit der Anschaffung von zwei elektrisch betriebenen Dienstfahrzeugen hat die Amtsverwaltung bereits erste Schritte in Richtung klimafreundlicher Mobilität unternommen. Während Dienstfahrten somit klimaneutral zurückgelegt werden, erschwert die ländliche Lage der Amtsverwaltung die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) für Arbeitswege. Wie in vergleichbaren ländlichen Regionen in Schleswig-Holstein wird bevorzugt das private Pkw genutzt. Es ist daher zu prüfen, inwieweit entsprechende Anreize geschaffen werden können, um den ÖPNV attraktiver zu machen (z.B. bessere Taktung, Busdirektverbindungen).

Erneuerbare Energien

Die Transformation des Wärmesektors und die Installation von Anlagen zur erneuerbaren Stromerzeugung bieten ein großes und direktes Treibhausgaseinsparpotenzial. In bereits aufgestellten energetischen Quartierskonzepten wird dem Ausbau und der Nutzung erneuerbarer Energieanlagen eine sehr hohe Priorität beigemessen, wofür jedoch eine langfristige Planung und Umsetzung erforderlich ist. Es gibt jedoch diverse Einschränkungen, die einer Nutzung für Energiegewinnung entgegenstehen

können. Neben Flächen mit verschiedenen Schutzfunktionen können auch Flächen, die aus stadtplanerischer Sicht eine besondere Rolle spielen, beispielsweise für Naherholung oder Biodiversität, zu Einschränkungen führen.

Ein hohes Potenzial liegt in der Transformation der Wärmeversorgung, die im Jahr 2023 etwa 45% der THG-Emissionen im Amtsgebiet verursachte. Für die Gemeinden Brokstedt, Fitzbek, Hohenlockstedt, Kellinghusen, Poyenberg und Sarlhusen liegen bereits Quartierskonzepte oder kommunale Wärmeplanungen vor, die Handlungsoptionen für eine auf erneuerbaren Energien basierende Wärmeversorgung vorgeben. Aufgrund der eher dörflichen, zergliederten Siedlungsbeschaffenheit sind Wärmenetze in den Gemeinden jedoch nicht wirtschaftlich tragfähig. Die Gemeinde Poyenberg beweist jedoch, dass sich auch Nahwärmenetze wirtschaftlich betreiben lassen.

Die erneuerbare Stromproduktion im Amt Kellinghusen liegt um ein Mehrfaches über dem amtsweiten Stromverbrauch. Deshalb wurde die Idee eines regionalen Strommarktes diskutiert, um den Bürgerinnen und Bürgern preisstabilen Ökostrom anzubieten und die regionale Wertschöpfung zu stärken.

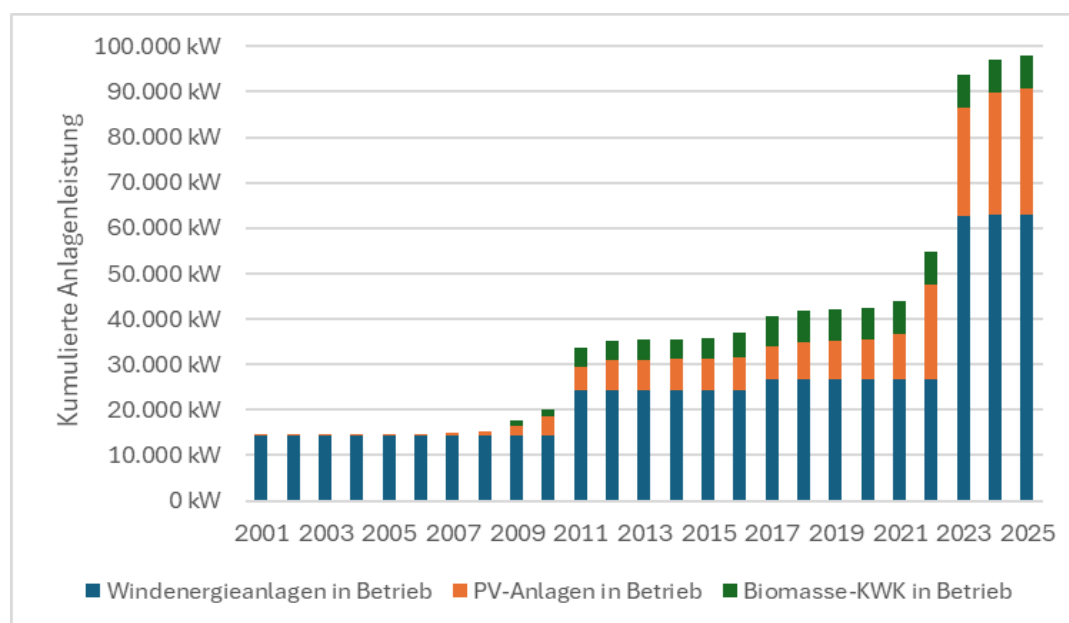


Abbildung 4: Gesamte Anlagenleistung zur erneuerbaren Stromerzeugung (Quelle: Marktstammdatenregister)

Mobilität

Das Amt Kellinghusen steht vor der Herausforderung, den Verkehr klimafreundlicher zu gestalten, da der Verkehrssektor mit rund 38.000 Tonnen CO_{2eq} (bezogen auf das Jahr 2023) zu den größten Emissionsquellen zählt. Eine deutliche Reduktion ist nur durch eine umfassende Mobilitätswende möglich, die das Mobilitätsverhalten stärker auf den Umweltverbund (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr sowie Sharing-Angebote) ausrichtet.

Elektromobilität: Das Treibhausgas-minderungspotenzial der Elektromobilität hängt stark von politischen Rahmenbedingungen sowie den Kaufentscheidungen der Nutzer*innen ab. Zulassungszahlen werden lediglich auf Kreisebene erhoben. Dabei ist ersichtlich, dass die Zahl der E-Fahrzeuge im Kreis Steinburg seit 2019 (85 Zulassungen) bis 2024 (2.202 Zulassungen) stark angestiegen ist. Die Verfügbarkeit von Ladesäulen, insbesondere an stark frequentierten Orten wie Arbeitsstätten, Supermärkten sowie öffentlichen Einrichtungen, kann einen wichtigen Anreiz setzen. Der Ausbau

von E-Ladesäulen in öffentlichen Bereichen bietet zwar zusätzliche Infrastruktur, das direkte Treibhausgaseinsparpotenzial ist jedoch vergleichsweise gering, da ein großer Teil der Ladevorgänge im privaten Umfeld per Wallbox erfolgen kann.

ÖPNV: Die Siedlungsbereiche im Amt Kellinghusen sind grundsätzlich an Bus- und Bahnlinien angebunden (siehe Abbildung 5), jedoch ist das ÖPNV-Angebot zeitlich und räumlich begrenzt. Zur Stärkung des ÖPNV wurden dichtere Takte in Hauptverkehrszeiten, längere Bedienzeiten am Abend, Querverbindungen zwischen den Orten sowie flexiblere Angebote wie Rufbusse diskutiert. Das Potenzial zur Emissionsminderung ist dennoch stark von übergeordneten Verkehrsplanungen sowie von der Nutzung und Akzeptanz der Bevölkerung abhängig.

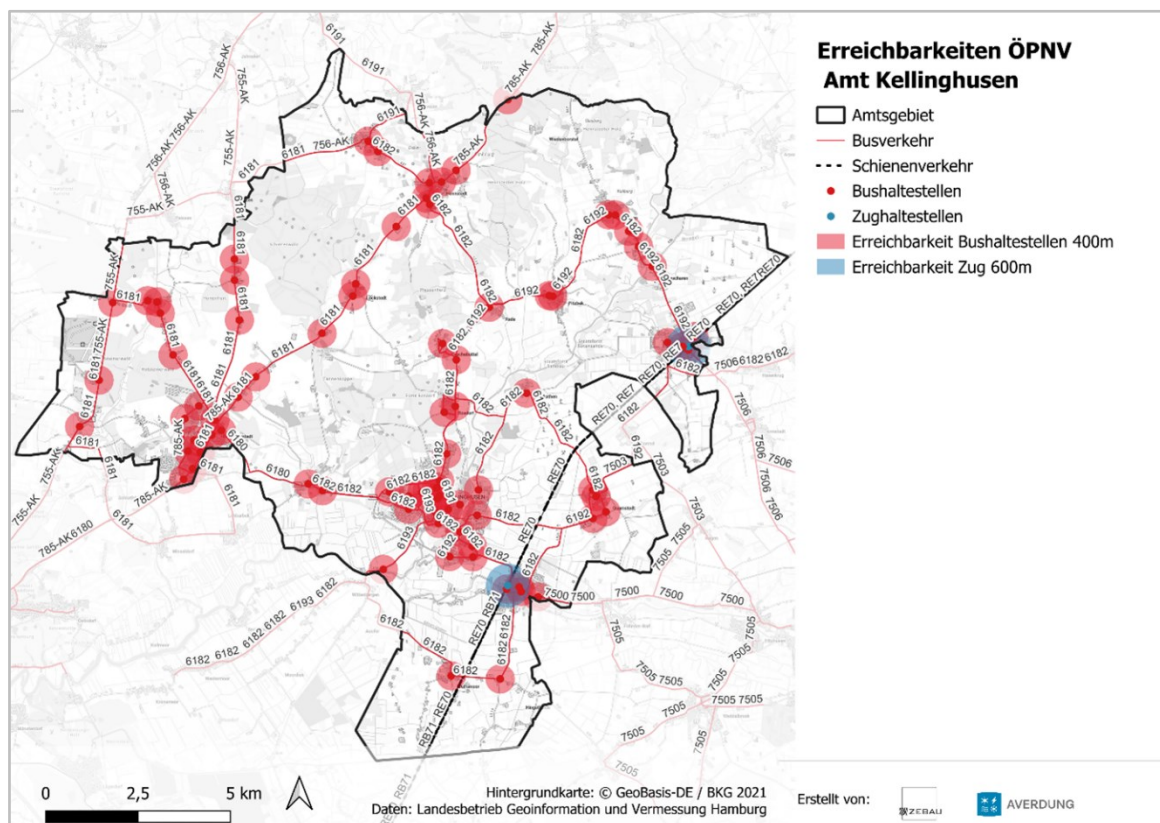


Abbildung 5: Erreichbarkeiten ÖPNV im Amtsgebiet (Quelle: ZERBAU GmbH nach Landesbetrieb Geoinformation)

Radverkehr: Wie in vergleichbaren ländlichen Regionen im Kreis Steinburg ist derzeit im Amt Kellinghusen der Verkehr überwiegend auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet. Für den Radverkehr bestehen Herausforderungen und Potenziale zugleich. Herausforderungen bestehen insbesondere bei der durchgängigen und flächendeckenden Verbindung von Ortschaften mit sicheren und gewarteten Radwegen sowie Fahrradabstellanlage. Eine Ausweitung des Radwegenetzes und die Schließung bestehender Netzlücken können den Umstieg vom PKW auf das Fahrrad erleichtern; insbesondere dort, wo kurze Wege zurückgelegt werden. Der Erfolg hängt jedoch stark von der Akzeptanz der Bevölkerung und übergeordneten Verkehrsplanungen ab. Mit der Unterstützung der Radkoordinierungsstelle beim Kreis Steinburg sollen die planerischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Flächenmanagement

Ein nachhaltiges Flächenmanagement bietet ein erhebliches, jedoch in Bilanzen bisher meist nicht erfasstes Treibhausgaseinsparpotenzial, da es schwer quantifizierbar ist. Maßnahmen wie die Reduzierung versiegelter Flächen, Begrünung, Renaturierung und gezielte Pflanzungen binden CO₂ und tragen so indirekt zur Emissionsminderung bei. Eine Verankerung in der Bauleitplanung oder über vertragliche Regelungen ist im Rahmen der weiteren Gemeindeentwicklung sinnvoll.

Aktivierung der Zivilgesellschaft

Eine zentrale Rolle in der Wirksamkeit von Klimaschutz spielen die Bürger*innen: Durch nachhaltiges Alltagsverhalten, insbesondere in den Bereichen Energieeinsparung und Konsum, können Bürger*innen aktiv zur Reduktion von Emissionen beitragen. Im Amt Kellinghusen gibt es bereits praktische Beispiele wie das Tauschhaus, RepairCafés und lokale Projekte, die nachhaltiges Verhalten fördern.

Gleichzeitig ist eine zielgerichtete Klimaschutzkommunikation entscheidend, um

Bewusstsein zu schaffen, zur Mitwirkung zu motivieren und bestehende Angebote wie Beratungen oder Veranstaltungsformate besser sichtbar zu machen. Ergänzend kommt der Umweltbildung eine wichtige Bedeutung zu, da sie langfristig Kompetenzen für nachhaltiges Denken und Handeln vermittelt.

Darüber hinaus werden durch eine stärkere Vernetzung relevante Schnittstellenfunktionen geschaffen, die auch die Klimaschutzbemühungen auf Amtsebene unterstützen können. Bürgerenergiegemeinschaften spielen dabei eine wichtige Rolle, indem sie erneuerbare Energieprojekte vor Ort umsetzen und so die regionale Wertschöpfung und Akzeptanz stärken.

Fazit

Insgesamt zeigt das Klimaschutzkonzept, dass das Amt Kellinghusen mit seinen Gemeinden bereits erste wichtige Schritte unternommen hat, aber noch weitere Möglichkeiten zur Emissionsminderung bestehen. Die Kombination aus technischen Maßnahmen, Verhaltensänderungen und einer verstärkten Einbindung der Bevölkerung soll dazu beitragen, die ambitionierten Klimaziele zu erreichen und eine nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum zu fördern. Die regelmäßige Fortschreibung und das Monitoring der Maßnahmen sind wichtige Instrumente, um den Erfolg zu überprüfen und das Konzept kontinuierlich anzupassen.

WIE KANN DAS AMT KELLINGHUSEN DIE KLIMASCHUTZZIELE ERREICHEN?

Auf Basis der Potenzialanalysen und unter Einbindung verschiedener kommunaler Akteure wurden in den insgesamt vier Handlungsfeldern 18 Klimaschutzmaßnahmen entwickelt; eine weitere 19. Maßnahme ist als übergeordnet zu betrachten. Zur Priorisierung der Maßnahmen wurden Bewertungskriterien entwickelt:

- a) Zuständigkeit: Akteure & Zielgruppen, die an Maßnahmenumsetzung beteiligt sind
- b) Aufwand: Einschätzung des organisatorischen Aufwandes & einmaliger Kosten; Aussagen zur Wirtschaftlichkeit
- c) Klimaschutzbeitrag: Unterteilung in THG-Reduktionspotenzial, Synergieeffekte, unterstützende & hemmende Faktoren

Die Wirkungsansätze der Maßnahmen sind breit gefächert. Sie umfassen den Mobilitätsbereich, die Einsparung von Energie sowie deren effizientere Nutzung, die Errichtung von Anlagen zur erneuerbaren Energienutzung und beziehen planerische Belange mit ein. Maßnahmen der Bewusstseinsbildung, Beratung und Vernetzung sind ebenfalls dargestellt. Einige der aufgeführten Maßnahmen sind in den letzten Jahren bereits partiell realisiert oder in die Wege geleitet worden, beispielsweise die energetische Sanierung der Liegenschaften, die Umrüstung auf energieeffiziente Straßenbeleuchtung oder der Ausbau der Radinfrastruktur.

Das Amt Kellinghusen kann dabei unterschiedliche Rollen einnehmen, zum Beispiel als Verbraucherin, Planerin und auch Versorgerin und Motivatorin (siehe Tabelle 1). Nicht bei allen genannten Maßnahmen hat das Amt Kellinghusen direkten Einfluss auf die Realisierung. Vor allem die Maßnahmen aus dem Handlungsfeld *Aktivierung der Zivilgesellschaft* sollen einen Anstoß geben und können ausschließlich von Dritten (Hausbesitzer*innen, Gewerbetreibende) umgesetzt werden. Die Wirkung solcher Maßnahmen kann dennoch groß sein, da sie für einen dauerhaften gesellschaftlichen Wandel von erheblicher

Bedeutung sein können. Klimaschutzmaßnahmen stehen in der Regel nicht für sich alleine, sondern haben stets einen Einfluss auf andere Maßnahmen.

*Tabelle 1: Kommunale Einflussbereiche im Klimaschutz
(Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik, 2018)*

Einflussbereich	Beispiel
Verbrauchen	Sanierung der kommunalen Liegenschaften
Versorgen	Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur
Regulieren	Festlegen von Flächen zur Nutzung erneuerbarer Energien (Bauleit- und Flächennutzungsplanung)
Beraten & Motivieren	Informationskampagnen für private Haushalte und Gewerbetreibende

Aufgrund begrenzter finanzieller und personeller Ressourcen sind die relevanten kommunalen Entscheidungsträger dazu angehalten, Schwerpunkte für vorrangige Klimaschutzmaßnahmen zu setzen. So sind vorrangig Maßnahmen durchzuführen, die mit geringem Mitteleinsatz hohe CO₂-Emissionsminderungen erwarten lassen und bei denen wesentliche institutionelle Umsetzungsvoraussetzungen gegeben sind.

Handlungsbereich	Kürzel	Kapitel	Maßnahmentitel
Amt als Vorbild	AV-01	7.1.1.	Einführung eines Kommunalen Energiemanagementsystems
	AV-02	7.1.2.	Kommunale Liegenschaften energetisch optimieren
	AV-03	7.1.3.	Errichtung von Dach-PV auf kommunalen Liegenschaften
	AV-04	7.1.4.	Klimaschonende Mobilität in der Amtsverwaltung
	AV-05	7.1.5.	Nachhaltige Beschaffung und Vergabe
	AV-06	7.1.6.	Klimaschutz im Amt durch Netzwerke stärken
Amts- und Gemeindeentwicklung	AGE-01	7.2.1.	Ausweisung von Freiflächen-PV steuern und vorantreiben
	AGE-02	7.2.2.	Gründung von Bürgerenergiegemeinschaften unterstützen
	AGE-03	7.2.3.	LED-Umrüstung der Straßenbeleuchtung und Innenbeleuchtung der kommunalen Liegenschaften
	AGE-04	7.2.4.	Klimafreundliche Wärmeversorgung
	AGE-05	7.2.5.	Klimaschutzangepasste Kriterien in Bauleitplanverfahren
Mobilität	MOB-01	7.3.1.	Rahmenbedingungen für einen attraktiven ÖPNV schaffen
	MOB-02	7.3.2.	Verstetigung des Bürgerbusangebotes
	MOB-03	7.3.3.	Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur
	MOB-04	7.3.4.	Verbesserung der E-Ladeinfrastruktur im Amt
Aktivierung der Zivilgesellschaft	KOM-01	7.4.1.	Entwicklung einer starken Beratungskomponente zu Klimaschutz
	KOM-02	7.4.2.	Klimaschutz in die Bildung integrieren
	KOM-03	7.4.3.	Klimaschutz in die Breite tragen - Aktionen und Wettbewerbe
Übergeordnet	Ü-01	7.5.1.	Klimawirksamkeitsprüfung in Beschlussvorlagen integrieren

Abbildung 6: Maßnahmenkatalog für das Amt Kellinghusen

KLIMASCHUTZ LANGFRISTIG

VERANKERN

Klimaschutz soll dauerhaft als bereichsübergreifende Aufgabe in der Verwaltungsstruktur und den kommunalen Organisationsstrukturen verankert werden. Das Klimaschutzmanagement koordiniert dabei alle relevanten Maßnahmen und sorgt für die Integration von Klimaschutzaspekten in Entscheidungsprozesse. Ein geeignetes Controlling dient dazu, den Klimaschutzprozess durch eine regelmäßige Evaluation effizient und effektiv zu steuern. Um unerwartete Hemmnisse schnell aufzudecken und zu beseitigen, ist es während der Durchführung besonders wichtig, regelmäßig ausführliche Informationen über den Projektlauf zur Erreichung der Klimaschutzziele zu erhalten und diese auch zu nutzen.

Controlling bedeutet, dass...

- mögliche Abweichungen festgestellt und mögliche Konsequenzen aus den Abweichungen bewertet werden,

- ein Soll-Ist-Vergleich erfolgt,
- Korrekturmaßnahmen erarbeitet und die Maßnahmenplanung zur Erreichung der Klimaschutzziele angepasst.

Darüber hinaus umfasst das Monitoring die Datenerfassung zu den Energie- und THG-Emissionen, die Überprüfung und Anpassung der Maßnahmen sowie die Bewertung der Umsetzung und der übergeordneten Zielerreichung. Um Transparenz zu schaffen, soll spätestens nach fünf Jahren ein Bericht zum Umsetzungsstand der mithilfe einer Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes veröffentlicht werden.

Transparenz ist auch in der Kommunikation zum Klimaschutzkonzept der Leitgedanke. Die handlungsmotivierende Kommunikation zukünftiger Klimaschutzarbeit (siehe Abbildung 7) ist ein wichtiges Element, damit Synergieeffekte während der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen nicht verpuffen.

Zugängliche Informationen	•Medien: Lokalpresse, Webseite, Newsletter, Flyer •Informationsveranstaltungen zu aktuellen Themen •Verwaltung & Lokalpolitik: Regelmäßige Rundmails
Handlungsmöglichkeiten aufzeigen	•Beteiligung: Workshops, Klima-Stammtische, Fachvorträge •Aktionen: Mitmach-Events, Infostände, Kampagnen •Anbieten fester Klimaschutz-Sprechstunden
Netzwerke	•Austausch mit regionalen (Kreis Steinburg) und überregionalen Netzwerken (Land) •Fortführung der „Klima-Stammtische“ •Themenspezifische Vernetzung (z.B. mit Lokalpolitik, Gewerbetreibenden)
Fortschritte kommunizieren	•Berichte über Klimaschutz-Aktivitäten in politischen Gremien •Controlling-Berichte für Lokalpolitik und Amtsverwaltung •Klimaschutz-Newsletter für interessierte Bürgerinnen und Bürger

Abbildung 7: Kommunikation im Rahmen der Klimaschutzarbeit

Sie möchten mehr erfahren?

Falls Sie zu aktuellen Klimaschutzaktivitäten im Amt Kellinghusen informiert bleiben möchten, besuchen Sie gerne die Rubrik Klimaschutzmanagement auf der Webseite des Amtes Kellinghusen. Dort finden Sie auch die Langversion des Klimaschutzkonzeptes sowie ein separates Dokument mit dem Maßnahmenkatalog.

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen mich bei allen teilnehmenden Akteuren*innen aus der Öffentlichkeit, der Politik und der Verwaltung für die großartige Unterstützung ganz herzlich zu bedanken. Mein besonderer Dank geht an die Mitglieder der begleitenden. Ihre Unterstützung, die vielen sehr guten Ideen, das ergänzende fachliche Wissen und nicht zuletzt die gute Atmosphäre waren ein sehr wertvoller Beitrag. Ebenso geht ein ganz besonderer Dank an den Amtsvorsteher a.D. Clemens Preine sowie den Leitenden Verwaltungsbeamten Jürgen Rebien für die Unterstützung bei jeglichen Fragen und für die zielgerichteten Entscheidungen. Auch dem Projektteam von der ZEBAU GmbH bzw. Averdung Ingenieure und Berater GmbH möchte ich für die tolle Zusammenarbeit während der Konzepterstellung ganz herzlich danken. Die vielen Ideen, Anregungen und Diskussionen aller Beteiligten im Prozess der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes haben das Projekt erst zu einem erfolgreichen Ergebnis gebracht. Nutzen wir die gute Zusammenarbeit weiterhin, um die Chancen für den Klimaschutz im Amt Horst-Herzhorn zu ergreifen.